

„ Das Generationskapital – teuer und risikoreich! “

Mit Einführung der Aktienrente bzw. dem sogenannten Generationskapital wird es keiner Rentnerin und keinem Rentner besser gehen. Dabei wäre das bitter nötig, denn noch nie waren so viele Menschen von Altersarmut betroffen, wie unter der „Ampel“. Die Regierungen der letzten Jahrzehnte haben die Rente in Deutschland sukzessive abgebaut.

Mit der neoliberalen Drohkulisse, die umlagefinanzierte Rente sei bald gar nicht mehr finanzierbar, setzt die Ampel nun auf ein System, das unwirksam, teuer und risikoreich ist und eher die Profite der Finanzbranche sichert als Rentenniveau und Rentenbeiträge. Keine Rente wird durch die Aktienrente steigen. Denn es geht allein um den Versuch, den Anstieg der Rentenbeiträge zu dämpfen und die daran gekoppelten Bundeszuschüsse zu reduzieren. Im Fokus stehen hier die Arbeitgeberinteressen und die Idee eines schlankeren Staates. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass überhaupt ausreichend Gewinne auf dem Aktienmarkt erzielt werden können, würden diese nicht in die leeren Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner fließen.

Aber selbst, ob Rentenbeiträge und Bundeshaushalt tatsächlich von der Aktienrente profitieren, bleibt noch lange ungewiss. Denn es dauert, bis eine kapitalgedeckte Anlage irgendeine profitable Wirkung zeigen kann. Von Anbeginn klar ist hingegen, dass auf den Bund enorme Kosten zukommen. Zum einen für den Aufbau des Kapitalstocks, also für die Zinsen, die der Staat für das dafür nötige Darlehen zahlen muss, und zum anderen für die Verwaltung der Anlagen. Und sicher an der Aktienrente ist nur eins: Aktien können an Wert verlieren – auch über lange Zeit, Banken und andere Emittenten komplett ausfallen. Zuletzt geschehen in der Coronakrise, bei der Finanzkrise 2008 und acht Jahre zuvor beim Platzen der sogenannte Dotcom-Blase. Der Kapitalstock ist also ständig

durch Krisen bedroht. Bekannt ist das auch den Betreibern von Kenfo, dem deutschen Staatsfonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, der vor zwei Jahren einen Wertverlust von über drei Milliarden Euro hinnehmen musste und nun die Aktienrente verwalten soll. Das Generationskapital ist also ein Spekulationsprojekt mit ungewissem Ausgang – auf Kosten der Rentnerinnen und Rentner und ohne Not. Denn anders als beharrlich behauptet ist Deutschland bereits jetzt in der Lage, eine armutsfeste Rente zu gewährleisten. Wir haben die Bundesregierung gefragt und herausgefunden, dass eine armutsfeste Rente durchaus finanzierbar ist: Die Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung sind in den letzten 13 Jahren sogar um fast einen Prozent des BIP gesunken. Solange die Produktivität stetig wächst, können wir uns das Umlageverfahren leisten – trotz Kostensteigerungen und demographischem Wandel.

Daher besteht eine gute Rentenpolitik in einer guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Um Produktivität und Wirtschaftsleistung stetig zu erhöhen, braucht es beispielsweise ausreichende Investitionen in die Infrastrukturen unseres Landes. Und eine sichere Rente benötigt gute Löhne und ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem. Die 200 Milliarden Euro, die den Kapitalstock der Aktienrente aufbauen sollen und die hunderte Millionen Euro an Zins- und Verwaltungskosten wären dort sinnvoller angelegt. Ziel muss es sein, die Beitragseinnahmen zu erhöhen. Das geht, in dem

alle in die Rentenkasse einzahlen, auch Beamte, Politiker und Selbständige. Um das Rentenniveau dorthin zu bringen, wo es mal vor den ganzen Rentenkürzungen lag, würde ein Durchschnittsverdiener in Deutschland circa 30 Euro mehr im Monat zahlen müssen. Die Leute, die ich kenne, sagen, sie würden lieber etwas mehr einzahlen, als im Alter jeden Cent umdrehen zu müssen. So machen das die Österreicher, mit dem Ergebnis: Im Jahr 2023 bekam ein Durchschnittsrentner dort monatlich 1.480 Euro. In Deutschland waren es nur 1.054 Euro. Die Differenz ist sogar noch höher, da die Rente in Österreich 14-mal pro Jahr ausgezahlt wird. Ich finde, wir sollten uns an Österreich orientieren. Für ein sicheres und gutes Leben im Alter!



Alexander Ulrich ist Mitglied der BSW-Gruppe und im Ausschuss Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag.

Weitere Informationen auf [extraETF.com](https://extraETF.com/s/LnEAYR):
extraETF.com/s/LnEAYR